



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Deutsch-Oestreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Deutsch-Oesterreich.

Graf Beust hatte in Sachsen eine zu gute politische Schule durchgemacht und in den siebenzehn Jahren 1849—1866 von dem Talente, sich in alle Lagen zu schicken und immer auf die Füße zu fallen, zu vielfache Proben gegeben, um sich durch seine Erfahrungen als östreichischer Reichskanzler aus dem Gleichgewicht bringen zu lassen; aber angehende Staatsmänner mögen das neueste Capitel der Geschichte dieses vielbewegten Lebens aufmerksam studiren, es kann ihnen nur von Nutzen sein. Der damalige Freiherr von Beust trat bekanntlich in das Cabinet Belcredi als Minister des Auswärtigen, doch wußte man allgemein, daß das Programm, auf Grund dessen seine Berufung erfolgt war, sich wenigstens eben so viel mit den inneren Verhältnissen des Reiches, mit der Verfassungsfrage beschäftigte, wie mit der Stellung, welche Oestreich fortan den Mächten und insbesondere Deutschland gegenüber behaupten sollte. Und bald genug begann auch seine offenkundige Thätigkeit in inneren Angelegenheiten. Er studirte zunächst die ungarische Frage, unterhandelte mit Deák und anderen Führern der Magyaren über den Ausgleich. Darin sah Niemand etwas Ungehöriges, am allerwenigsten die deutschen Liberalen, welche durch Beust von Belcredi befreit zu werden hofften. Der Einwand, daß ja auch Beust die Verantwortlichkeit für die Einberufung eines außerhalb der Verfassung stehenden, ja eingeständenermaßen zur Beseitigung der Verfassung bestimmten außerordentlichen Reichsraths mitübernommen habe, wurde von Eingeweihten durch die Enthüllung entkräftet, es handle sich eben darum, den Grafen Belcredi und sein System ad absurdum zu führen; und für die weitere Frage, welche Bürgschaften der Staatsmann leiste, welcher 1850 keinen Anstand genommen hatte, die zwei Jahre früher abgeschaffte Ständeversammlung im Wege der Ordonnanz wiederherzustellen und durch diese Versammlung alle liberalen Geseze und Einrichtungen wieder aufheben zu lassen: auch für diese Frage halten dieselben Vertrauenspersonen eine befriedigende Antwort bereit. Damals war die Reaction an der Zeit gewesen; als aber die Zeit der Reformen anbrach, hatte Herr v. Beust sich solchen nicht entgegengestemmt, sie vielmehr weise zu lenken gesucht, in der deutschen und der schleswig-holsteinschen Frage den Fortschritt vertreten, den Forderungen nach größerer bürgerlicher Freiheit, wenn auch bedächtig, nachgegeben und durch sein Erscheinen auf dem Leipziger Turnfeste genugsam bewiesen, daß er die Berührung mit der Demokratie keineswegs scheue. Ein Mann, welcher so sehr eine jede Zeit zu begreifen fähig ist, kann in Oestreich unter den obwaltenden Verhältnissen gar

nicht anders als liberal regieren wollen; fielen es ihm auch nur ein, sich mit der freisinnigen deutschen Partei im Lande auf feindlichen Fuß zu stellen, so würde er die Bedingungen seiner Existenz an seinem jetzigen Platze selbst vernichten!

So sprach man damals und noch lange nachher. Daß Beust hinter Belcredi's Rücken mit Ungarn und Deutschen pactirt hatte, zeugte nur für sein diplomatisches Geschick, daß er entschlossen ausführte, was sich nicht mehr umgehen ließ, die Anerkennung der Rechtscontinuität in Ungarn, — für seinen staatsmännischen Blick, daß er diesseits der Leitha das parlamentarische System mit allen seinen Konsequenzen ins Leben rief, was noch Schmerling für einfach unmöglich erklärt hatte und an die Regierung diejenige Partei berief, welcher der genannte Staatsmann die Regierungsfähigkeit kurz und rund aberkannt hatte, das sprach laut genug für das Vertrauen, welches man ihm entgegenbrachte. In Rede und Schrift wurde er der große Mann, der Retter Oesterreichs.

Zwei Jahre später und der große Mann wird auf die Anklagebank gesetzt, der Retter wird zum Verderber gestempelt, die Hofmannhrufer fordern seine Steinigung, die Schmähungen und Verdächtigungen, mit welchen die czechische Presse den importirten sächsischen Minister begrüßte, werden von eben jenen Organen reproducirt, welchen damals die Empörung über solche Schmach die allerstärksten Ausdrücke lieh, und des Reichskanzlers Galopins von neulich verrathen heute im Abgeordnetenhause nicht übel Lust, ihn nicht bloß figürlich in Anklagestand zu versetzen. Und weshalb das Alles? Weil er sich treu geblieben ist. Zwar so weit wie 1867 ist er keineswegs gegangen. Aber er hat die Mußezeit, welche seine Anstrengungen zur Erhaltung des europäischen Friedens ihm ließen, dazu angewandt, wieder eine brennende innere Frage zu studiren. Abgeordneter einer böhmischen Corporation, hat er sich direct und indirect über die Bedingungen unterrichtet, unter welchen das ganze Land Böhmen zur Theilnahme an dem Verfassungsleben zu bewegen sein möchte. Er selbst hat mit Palacky und Krieger über die Forderungen der Czechen gesprochen, ein Graf Chotel hat dasselbe gethan. Endlich sind es die drei Minister der „Minorität“, welche dem Grafen Beust nahestanden, während zwischen ihm und der Majorität seit längerer Zeit eine gewisse Erkältung eingetreten war.

So und nicht anders lauten die Anklagepunkte. Das Conferiren mit czechischen Parteihäuptern und die Hinneigung zu jener Fraction des Cabinets, welche die slavische Opposition zu versöhnen wünschte, diese beiden Indicien genügten den Stimmführern des österreichischen Parlaments, um über Verrath zu schreien, den Reichskanzler der Conspiration gegen die Verfassung zu zeihen oder Elegien über den Untergang des Deutschthums, den Zerfall

des Reiches anzustimmen. Der Thut selbst wurde vor zwei Jahren die Bürgerkrone zuerkannt, das Conat verdient heute den Galgen. Solchen Helden gegenüber fiel es dem Grafen Beust nicht schwer, sich zu vertheidigen. Er kritisirte mit Glück das Beweismittel der Gegner, erinnerte im Vorübergehen Minister und Parlament daran, daß ohne ihn sie alle möglicherweise nicht da sein würden, ließ es an kleinen Seitenhieben auf die unfruchtbare Politik der Majoritätsminister nicht fehlen und reichte ihnen dann der Sicherheit halber die Hand zum Bündnisse. Das Haus schwieg, weil es nichts zu entgegnen wußte und doch nicht zustimmen mochte; der Minister des Innern lenkte ein und die ministeriellen Organe erklärten den Reichskanzler für rehabilitirt. Erhebend war das Schauspiel nicht. Die Minister, welche sich selbst wohl nicht verhehlen können, daß während ihrer Amtsführung das Verhältnis der Nationalitäten Oestreichs unter einander sich bedeutend zum Schlimmeren gewendet hat, und die doch nicht eingestehen wollen, daß ihre Personen ein Hauptbedingniß der Verständigung sind, weil sie sämmtlich (wenn auch nicht sämmtlich durch Geburt) den Ländern mit deutscher und czechischer Bevölkerung angehörig, auch auf der Regierungsbank deutsche Parteiführer geblieben sind, sie brauchten einen Prügelknaben oder vielmehr einen Störenfried, welchem das Ausbleiben des Erfolgs schuldgegeben werden konnte. Freunde im Reichsrath und in der Presse erhielten den Wink, in diesem Sinne die öffentliche Meinung zu bearbeiten, und beide thaten in ihrem Eifer sichtlich zu viel. Wochen lang hörte man nur, daß nun das falsche Spiel des Reichskanzlers werde rücksichtslos aufgedeckt, unerhörte Dinge ans Licht gezogen, der Mann unmöglich gemacht werden. Und als sie jetzt sahen, daß sie die Versprechungen ihrer überall vertheilten Programms nicht einhalten konnten, vergaßen die ministeriellen Redner auch das, was sie dem Grafen Beust hätten entgegnen können. Denn so weit waren sie ja im Rechte, daß der Abgeordnete der Reichenberger Handelskammer gleichzeitig Präsident des Reichsministeriums ist, und daß daher der Meinungsaustausch zwischen ihm und erklärten Gegnern der Regierung nicht als etwas so harmloses gelten kann, daß er, möchte die Unthätigkeit und Halsstarrigkeit der Minister ihm noch so unheilvoll dünken, es jedenfalls vermeiden mußte, durch Zuschautragen seiner Ansicht die Männer der Opposition in ihrem Widerstande zu bestärken.

Allein wie soll man sich wundern, daß die Staatsmänner des Abgeordnetenhauses sich so geduldig auf den Mund schlagen ließen; war doch die ganze Adressdebatte der actenmäßige Beleg zu Berger's ihm so sehr verargten Vorwürfe der Unfähigkeit. Die Majorität des Hauses wettert gegen das Memorandum der Ministerminorität und votirt eine Adresse, welche diesem Memorandum viel näher steht, als jenem Grundsatz der Unnachgiebig-

keit gegen die nationalen Wünsche, welcher in der Denkschrift der Ministermajorität aufgestellt ist. Die Redner toben gegen die abgetretene Minorität, insultiren den abwesenden, überdies schwer kranken Exminister Berger, sticheln auf den Kanzler, declamiren oder witzeln, enthalten sich aber mit äußerster Consequenz eines jeden Gedankens, welcher die Sache, um die es sich handelt, fördern könnte. Sie betheuern die versöhnlichsten Gesinnungen und leugnen heftig, daß das Beharren auf ihrem Standpunkte nicht nur die bis jetzt Ferngebliebenen nicht heranlocken, sondern auch noch Andere vertreiben werde, und dann hält der Berichterstatter den Deutschtirolern vor, daß sie anständigerweise die Versammlung verlassen müßten, was sich diese nicht zweimal sagen lassen. Ja, diese Reden, unerquicklich wie der Nebelwind, machen den Widerwillen des Volkes gegen „die Advocaten und Doctoren“ so ganz begreiflich. Wie ein Proceß wird die Frage der Existenz des Staates behandelt. Die Partei beweist aufs umständlichste, daß sie rechtlich nicht gezwungen werden könne, in irgend einem Punkte nachzugeben und damit meint sie genug gethan zu haben. *Pereat mundus.* Der alte Baron Lichtenfels im Herrenhause deducirte sogar, daß der Wortlaut des Octoberdiploms, „die Landtage haben Mitglieder zum Reichsrathe zu entsenden“, wohl die Pflicht der Landtage ausspreche, aber keineswegs ein Recht derselben. Und mit solchen rabulistischen Künsten meint man Schäden heilen zu können, welche weiter und weiter fressend das Leben bedrohen!

Der Reichsrath und das auf ihn sich stützende Ministerium laufen Gefahr, am Doctrinarismus zu Grunde zu gehen. Die Regierung und die große Mehrheit der Volksvertretung sind eines Herzens und Sinnes, wir haben eine constitutionelle Musterwirthschaft. Aber diese Volksvertretung vertritt nur einen Bruchtheil des Volkes, der größere durfte oder wollte mit dem Wahlact nichts zu schaffen haben oder wurde überstimmt, und während die Abgeordneten in der Hauptstadt sitzen, nur noch sich selbst und ihre Meinungsgenossen hören, gehen selbst in denjenigen Kreisen, von welchen sie wirklich deputirt wurden, Wandlungen vor sich, von welchen sie in ihrer Atmosphäre nichts gewahr werden. Plötzlich wird es dann klar, daß ein solches Haus nur noch im eigenen Namen spricht und nur noch eine illusorische Stütze gewähren kann. Giskra, der jetzt für die Seele des Cabinets gilt, möge sich vorsehen, daß er nicht eines schönen Morgens aus dem Schlafe geweckt werde durch Stimmen, welche so vertraut und befreundet klingen, aber nicht mehr rufen: „Heil dem unbeugsamen Staatsmanne, dem Vater des Vaterlandes!“ sondern: „Fort mit dem eigensinnigen, kurzfristigen Parteimanne, welcher uns ins Verderben führen will!“ So haben sie es Schmerling gemacht und Benedek und noch manchem vor diesen.

Die „Seele des Cabinets“ ist zwar vielleicht zu viel gesagt, denn schon

pfeifen die Spazierer auf den Dächern von zwei Seelen in dem bisher so einmüthigen Körper. Es ist überhaupt gekommen, wie man es voraussehen konnte und ich Ihnen auch schon hin und wieder angedeutet hatte. Wochenlang zankten sich die Parteien um die beiden Memoranden, deren Inhalt außer dem Kaiser und dessen uneinigten Räten Niemand bekannt war. Die Minister selbst hatten einander das Wort gegeben, sich bis zur Entscheidung des Kaisers vollkommen passiv zu verhalten. Als aber der Reichsrath nach den Weihnachtsferien wieder zusammentrat und an den Entwurf einer Adresse ging, gaben die Majoritätsminister dem Drängen ihrer Parteifreunde nach, sich über den Inhalt des Berger'schen Memorandums zu äußern. Ihre Mittheilungen wurden, schwerlich mit diplomatischer Genauigkeit, sofort den Journalisten überantwortet, welche von denselben in ihrer Weise Gebrauch machten, und so las man denn, die Herren Giskra und Genossen hätten das Gerücht direct bestätigt, daß ihre Gegner den Belcredi'schen außerordentlichen Reichsrath, wenn auch „in verschämter Form“, wieder in Vorschlag gebracht hätten. Die Drei beschwerten sich über das „illoyale“ Vorgehen ihrer Collegen und baten den Kaiser um die Erlaubniß, zur Widerlegung der ihnen ungünstigen Ausstreunungen ihre Denkschrift veröffentlichen zu dürfen. Darauf erfolgte des Kaisers Befehl, beide Schriftstücke in ihrem vollen Inhalte im amtlichen Blatte erscheinen zu lassen. Daß Actenstücke solcher Art officiell in die Oeffentlichkeit gebracht worden sind, so lange die Unterzeichner noch factisch Mitglieder desselben Regierungs-Collegiums waren, ist wohl ohne Beispiel und konnte nicht dazu beitragen, die Autorität des ganzen Cabinets oder einer von den Fractionen desselben zu stärken, das Vertrauen in den Bestand constitutioneller Zustände überhaupt zu beleben. Aber provocirt war die befremdliche Maßregel unstreitig durch dieselbe Partei, welche am meisten darunter litt und noch leidet. Mochten die Minister sich in jener verhängnisvollen Abgeordnetenversammlung immerhin mit viel mehr Reserve geäußert haben, als es nach den Darstellungen der Blätter schien: Andeutungen in dem gleichen Sinne waren doch schon längst aufs bestlistigste verbreitet worden, und während die ministeriellen Zeitungen des In- und Auslandes rührende Klage darüber führten, daß ihre Patrone keinen Pressfond zur Verfügung hätten, wurde die Minorität mit einem Eifer angeschwärzt, welcher dem bezahlten zum Verwechseln ähnlich sah. Diese Thätigkeit hatte allerdings ihren sichern Erfolg. Die große Schaar der „gebildeten Politiker“ ersparte sich die Mühe, die Staatschriften zu lesen, über welche sie sich ja lange vorher ihr Urtheil aus den Mittheilungen ihrer Parteiblätter „gebildet“ hatten, während unabhängige Personen sich weder für die Minorität noch für die Majorität enthusiasmierten konnten. So sehr auch Berger sich an Scharfsinn und dialectischer Gewandtheit dem Verfasser des

anderen Memorandums, Minister Herbst, überlegen zeigt, so ist doch auch in ihm der Advocat viel mächtiger als der Staatsmann. In seiner Bertheidigerpraxis hatte er sich den Ruf erworben, über einem glänzenden Plaidoyer, über dem Vergnügen, die Blößen seines Gegners aufzudecken, ihn mit Sarcasmen zu überschütten, leicht die Sache seines Klienten zu vergessen. Etwas davon spürt man auch in seiner Kritik der Herbst'schen Auseinandersetzung.

Als Berger, Taaffe und Potocki ihre Entlassung hatten, begann das Suchen nach Ersatzmänner. Der Handelsminister v. Plener als Amtsaltester fungirte als provisorisches Haupt des Kumpfministeriums und gab gleich im Anfange einen eclatanten Beweis seiner Qualification für solche Stellung, indem er dem Kaiser vorschlug, eine Persönlichkeit zu berufen, welche für eine höchsten Orts beliebte zu halten gerade in jenem Augenblicke ganz und gar kein Grund vorlag. Hierauf wandte man sich an den jüngern Bruder des bekannten „ersten Cavaliers im Reich“, den Fürsten Adolph Aueršperg, Oberstlandmarschall von Böhmen, und triumphirend verkündigten die Zeitungen, der Präsident wie er sein soll sei gefunden: von altem hohem Adel, bei Hofe wohlgekitten, dabei liberal, anticechisch u. s. w. Doch der hinkende Bote kam nach. Fürst Aueršperg verrieth die Präntention, einen eigenen Willen zu haben, Präsident nicht nur dem Namen nach sein zu wollen. Eine Hauptforderung Giskra's, daß Inneres und Polizei in einer Hand vereinigt werden sollten, gestand er willig zu, nur mit dem kleinen Amendement, diese Hand dürfe nicht Herrn Dr. Giskra gehören. Der Mann war also nicht zu brauchen. Desgleichen scheint der Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr v. Kaiserfeld, nicht ganz die erwünschte Gefügigkeit bewiesen zu haben. Einige Tage lang war er designirter Premier, plötzlich bloß Ackerbauminister, wofür er sich höflich bedankt haben soll. Während dieser Wehen ist schon, wie sich deutlich spüren ließ, der Antagonismus zwischen Herbst und Giskra gelegentlich scharf hervorgetreten, und weil sie, um neben einander existiren zu können, einen Chef brauchten, welcher volle Autorität und Energie besäße, so einigten sie sich über einen Mann entgegengesetzter Art. Einen solchen glaubt man und wohl nicht mit Unrecht in dem Cultusminister Ritter von Hasner gefunden zu haben, eine milde, weiche Natur, contemplativ, frei von Ehrgeiz. Er wird nicht auf Rosen gebettet sein; lediglich als als Marionette wird er sich nicht brauchen lassen wollen und in dem Kampfe mit disparaten Elementen wird er seine Kräfte erschöpfen ohne Dank zu ernten. — Eine weitere Schwierigkeit bot die Neubesezung des Postens eines Cultus- und Unterrichtsministers; für den Unterricht waren zufällig nur getaufte Juden disponibel, welchen man die Cultusangelegenheiten nicht anvertrauen wollte und die wieder an der Trennung der heiden Hälften des Portefeuilles keinen Ge-

schmack fanden. Andere sollen sich ausgerebet haben, sie wittern die Reaction auf kirchlichem Gebiete, und dieser Stand zu halten, dazu scheint ihr Patriotismus nicht aufgelegt zu sein. In der Kammer über das Concordat loszuziehen, ist allerdings bequemer und des Beifalls der Gallerien sicher, wohingegen die aufreibende Thätigkeit eines Ministers, welcher die Gewissensfreiheit und die Lehrfreiheit gegen jede Verletzung wahren und doch die Ansichten höchst einflußreicher Kreise schonen, Bildung verbreiten und doch den Staatsfädel nicht stärker in Anspruch nehmen, und so noch zwischen allerlei gefährlichen Klippen sich durchwinden soll, auf Dank von keiner Seite zu zählen hat, falls er es ehrlich meint. Dieser und der Posten des Ackerbauministers sollen nun mit den beiden Sectionschefs im Ministerium des Innern besetzt werden, und zum Landesvertheidigungsminister General Wagner ausersuchen sein. Wagner commandirte in Dalmatien bei Ausbruch des Aufstandes, wurde jedoch bald durch den Grafen Auersperg, einen Schwager des Ministers Giskra ersetzt. Es hieß damals, Wagner werde eine Rechtfertigungsschrift publiciren, und die Oppositionsblätter versehen nicht anzudeuten, daß die erwartete Publication nun in dem Portefeuille des neuen Ministers verschwinden werde. Die Verantwortung für das, was in Dalmatien versäumt und versehen worden sein mag, muß inzwischen Graf Taaffe allein tragen, obwohl sich doch annehmen läßt, daß was geschah und was unterblieb, dem Ministerrathe bekannt gewesen sei und dessen Billigung gehabt habe.

Wenn das Ministerium in der angegebenen Weise reconstruirt wird, so ist Ablehnung der Verständigungstendenz die Signatur desselben. Die Deutschen aus Böhmen und Mähren haben dann noch viel entschiedener als bis her die Mehrheit im Cabinet, die Deutschböhmern und Deutschmährern sind aber die unversöhnlichen Gegner der Czechen, und wenn sie ja mit ihren Traditionen brechen und sich zu Vermittelungsvorschlägen herbeilassen wollten, mit ihnen würden die Czechen nicht pactiren. Wie ich vorausgesagt, ist es eingetroffen: die enragirten Slavenblätter jubeln über die Niederlage der Minorität im Ministerium und nennen die Sieger die besten Freunde ihrer Sache. Dazu polemisiren die Moskauer Zeitungen gegen Fischhof's Ideen — wem das noch nicht die Augen öffnet . . . !

Landwirthschaftliche Interessenvertretung.

Der Congreß norddeutscher Landwirthe, welcher am 14. Februar zum dritten Male in Berlin zusammentritt, wird vermuthlich eine Frage zum Abschluß bringen, deren lange und lebhafteste Erörterung in den landwirthschaft-